



Jonas Zürcher

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
182 · Ausgabe CH · Juni 2019
AZB 3001 Bern



GLETSCHER
INITIATIVE

Jetzt die beiliegende
Initiativkarte
unterschreiben!

Gleichstellung jetzt!

KLIMAERHITZUNG

Chemie-Nobelpreisträger und SP-Gemeinderat Jacques Dubochet geht mit der Klimajugend auf die Strasse: «Weil die Jungen recht haben!» Seite 8

WOHNEN

Plötzlich flattert dir eine Mieterhöhung ins Haus – und du kannst dich nicht wehren? So will es der bürgerlich dominierte Nationalrat. Seite 17

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



An der Geburtstagsparty eines zehnjährigen Kindes fragte mich neulich eine unbekannte Mutter beim Small-talk: «Was machst du so beruflich?»

«Ich arbeite in der Kommunikation. Und du?»

Mutter: «Ich arbeite auf der Gemeinde. Und hast du noch andere Kinder?»

Ich: «Ich habe vier Kinder. Zwischen 10 und 15 Jahren.»

Mutter: «Was, da arbeitest du noch ausser Haus?»

Ich, stolz: «Klar. 80 Prozent.»

Mutter, spontan: «Bist du geschieden?»

Mir blieb die Spucke weg. Erst zuhause konnte ich über das absurde Gespräch lachen.

Glücklicherweise kann ich mein Leben über weite Strecken selbst in die Hand nehmen – dank den mutigen Vorkämpferinnen, die sich jahrzehntelang für die Gleichstellung stark machten. Wie eine bittere Pille wirken die Zeiten nach, als der Mann das Oberhaupt der Familie war und der Gattin die Erwerbstätigkeit verbieten konnte. Spätfolgen sind weniger Lohn für Frauen, geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, fast unbezahlbar teure Kitas und gesellschaftliche Erwartungen, wer Angehörige pflegt und wie Frauen und Mütter zu leben haben.

Das Nachsehen haben auch die Männer, die ihre Kinder weniger gut kennen, weil sie weniger Zeit mit ihnen verbringen können. Weil Teilzeitstellen fehlen. Und weil sie häufig die finanzielle Belastung für die Familie fast alleine tragen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Bodigen wir das Patriarchat! Zum Wohle aller. Damit Frauen, Männer und alle dazwischen frei sind so zu leben, wie sie möchten.

Darum hat die SP ein Sechs-Punkte-Programm aufgestellt. Min Li Marti stellt es auf Seite 4 vor. Adrian Wüthrich engagiert sich für den Vaterschaftsurlaub auf Seite 5. Und eine Nachlese in Bildern zum fantastischen Frauenstreik findet ihr ab Seite 6.

In diesem Sinne grüsse ich euch solidarisch,

eure neue Redaktorin fürs «links»

Pia Wildberger

INHALT

- 4–5 **Wahlkampfthema Gleichstellung**
Nationalrätin Min Li Marti stellt das Sechs-Punkte-Programm vor und Nationalrat Adrian Wüthrich freut sich über zehn Tage Vaterschaftsurlaub.
- 6–7 **Frauenstreik**
Nachlese in Bildern
- 8 **Klima**
Nobelpreisträger und SP-Gemeinderat Jacques Dubochet kämpft Seite an Seite mit Jugendlichen für mehr Klimaschutz.
- 9–12 **Kantone**
Ausgewählte Seiten aus den kantonalen Splittings
- 13 **Gletscher-Initiative**
Nationalrätin Claudia Friedl erklärt die Eckpunkte der Gletscher-Initiative.
- 14–15 **Interview**
Die Co-Präsidentin der Fachkommission LGBTIQ, Muriel Waeger, fordert Statistiken. So lässt sich Diskriminierung bekämpfen.
- 16 **Positionen**
Die Klimajugend geht auf die Strasse, auch weil sie nicht anders kann. Ein Plädoyer fürs Stimmrechtsalter 16.
- 17 **Thema**
Kampfansage an Mieterinnen und Mieter: Kommt die Immobilienlobby durch, dann dürften die Mieten explodieren.
- 18 **Basiskampagne**
Wir begleiten ein Mitglied auf seiner ersten Quartierumfrage, bei 30 Grad im Schatten.
- 19 **Agenda**
An der Sommeruni gibt es noch ein paar wenige freie Plätze.



So kommen mehr Frauen in die Medien

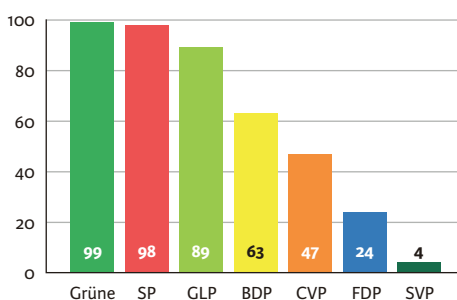
Wir machen es Medienschaffenden leichter, kompetente Politikerinnen für Podien und Diskussionsrunden zu finden. Ein Blick auf unsere neue Website **frauenwahl19.ch** genügt. Denn wenn Frauen in «Arena», «Club» und Co. auftreten oder über sie berichtet wird, steigen ihre Wahlchancen massiv. Das legt eine Studie der Universität Freiburg nahe: Vor den Nationalratswahlen 2015 wurde deutlich weniger über die Kandidatin-

nen berichtet als über die Kandidaten. Das Ergebnis: Im Nationalrat sind gerade mal ein Drittel Frauen, im Ständerat noch weniger. Eine Auswertung der Gästelisten der SRF-Sendegefässe liess für das Wahljahr 2019 Ähnliches befürchten. Mit der neuen Website geben wir Gegensteuer: National bekannte SP-Politikerinnen lassen sich einfach nach Region und Kompetenzprofil finden. Die Zeit der Ausreden ist vorbei! **frauenwahl19.ch**

Klima: Vor den Wahlen sind alle grün

Einzelne Parteien und Parlamentarier sehen ihre Felle davonschwimmen und geben sich vor den Wahlen geläutert grün – der Klimadiskussion sei Dank. Doch wie grün sind die Politikerinnen und Politiker wirklich? Das

Umweltfreundliches Stimmverhalten im Nationalrat 2018



Umweltportal **ecorating.ch** hat nachgerechnet und anhand des Abstimmungsverhaltens im Nationalrat eine Rangliste für das Jahr 2018 erstellt. Für die SP lässt sich beweisen, dass Klimaschutz und Umweltfragen seit langem zur DNA der Partei gehören: In 98,3 Prozent aller umwelt- und klimarelevanten Abstimmungen stimmten die Nationalrätin-

nen und Nationalräte der SP für mehr Artenvielfalt, weniger Food Waste und eine naturnahe Landwirtschaft – immer verbunden mit der sozialen Frage. Die minimale Differenz zu den Grünen lässt sich ausschliesslich auf die Berechnungsweise des Portals zurückführen und nicht auf Positionen. **ecorating.ch**

Frauenquote light in der Teppichetage

Der Frauenstreik zeitigt (ein bisschen) Wirkung: Der Ständerat stimmte vergangenen Mittwoch dem Vorschlag des Bundesrats zu, für gewisse börsenkotierte Firmen ab einer bestimmten Grösse eine Frauenquote einzuführen. Im Verwaltungsrat sollen mit einer Übergangsfrist von fünf Jahren mindestens 30 Prozent Frauen Einsitz nehmen und in der Geschäftsleitung mindestens 20. Bei Missachtung der Vorgaben droht jedoch keine Strafe. Die Firma ist bloss gezwungen, sich zu erklären und Gegenmassnahmen zu ergreifen. Betroffen von der neuen Regelung sind 200 bis 250 Unternehmen. Im Schnitt beläuft sich der Frauenanteil in Geschäftsleitungen bei den börsenkotierten Unternehmen auf 9 Prozent und auf 20 im Verwaltungsrat.

Korrektur-Initiative eingereicht

Der Bundesrat und das bürgerlich dominierte Parlament hatten letztes Jahr die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Als sie Schritte einleiteten, um die Exportbestimmungen für Kriegsmaterial in Bürgerkriegsländer zu



lockern, ging ein Aufschrei durch die Bevölkerung. Innert kürzester Zeit bildete sich eine breite Allianz, die rasch die Unterschriften für die Korrektur-Initiative sammelte. Mit dabei war von Beginn an die SP. Weniger als ein Jahr nach der Lancierung konnte das Bündnis nun 130 000 beglaubigte Unterschriften bei der Bundeskanzlei einreichen. Auf dass Kriegsmaterial nicht in Bürgerkriegsländer exportiert werden darf!

Zum Abschluss frei gegeben

Das Parlament wird in der Herbstsession aller Voraussicht nach das völlig missglückte Jagdgesetz verabschieden: Der Schutz von Luchs, Biber, Wolf und Co. wird massiv geschwächt. Die Gesetzesänderung wird dazu führen, dass Wildtiere und Vögel vorsorglich dezimiert werden können – auch wenn sie



keine Schäden angerichtet haben. Auch die Pflicht, Präventivmassnahmen zum Beispiel zum Schutz der Weidetiere zu ergreifen, entfällt. Das können wir nicht hinnehmen. Die SP wird das Referendum der Umweltverbände unterstützen, und wir werden uns an der Unterschriftensammlung beteiligen. Wir bleiben dran.



Gleichstellung jetzt!

MIT DER GLEICHSTELLUNG GEHT ES IN DER SCHWEIZ TRADITIONELLERWEISE NUR SCHLEPPEND VORAN. NUN MUSS ES ENDLICH VORWÄRTS GEHEN. DARUM HAT DIE SP-FRAKTION EINEN SECHS-PUNKTE-PLAN FÜR EINE GLEICHSTELLUNGSOFFENSIVE VERABSCHIEDET.

1981 wurde die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung in der Verfassung verankert – vor 38 Jahren. Und dennoch warten wir immer noch auf echte Gleichstellung. Die Schweizer Frauen sind das ewige Warten gewohnt: Sie warteten lange auf das Stimm- und Wahlrecht. Die Appenzellerinnen am längsten: Erst 1990 erhielten sie im Kanton Appenzell Innerrhoden das Stimmrecht, durchgesetzt durch das Bundesgericht. Die Frauen warteten Ewigkeiten auf die Mutterschaftsversicherung und die Fristenregelung. Und erst im letzten Jahr wurden wenigstens zaghafte Schritte unternommen, um endlich dafür zu sorgen, dass für gleiche Arbeit der gleiche Lohn bezahlt werden muss.

Wir Frauen wollen nicht mehr warten. Auch deshalb gab es den Frauenstreik, und darum gingen so unglaublich viele Frauen auf die Strasse. Der fantastische Frauenstreik hat allen klar gemacht: Frauenanliegen, Gleichstellungsthemen, Familien- und Gesellschaftspolitik sind vom Rand in die Mitte der Ge-



Min Li Marti,
Nationalrätin ZH

sellschaft und der Aufmerksamkeit gerückt.

Gleichberechtigung mit Tradition

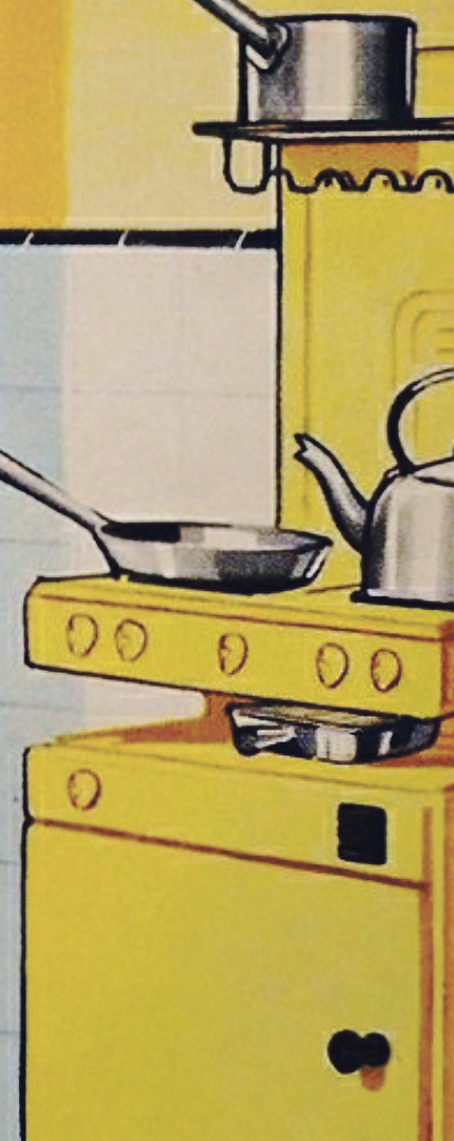
Auch wenn es immer wieder «rote Patriarchen» gab und gibt – die SP, die Sozialdemokratie, war immer auch die Partei der Gleichstellung, die Partei mit einer starken Frauenbewegung und mit starken Frauen. Schon der französische Frühsozialist Charles Fourier gab vor: «Der Grad der weiblichen Emanzipation ist das natürliche Mass der allgemeinen Emanzipation.»

Die Sozialdemokratie ist seit jeher die Bewegung der Freiheit und der Menschenrechte. Damit ist sie den Werten und Zielen der Frauenbewegung verpflichtet.

Sechs Punkte für mehr Gleichstellung

Die SP-Fraktion will die Gleichstellung voranbringen, und zwar konkret und sofort. Sie hat darum einen Sechs-Punkte-Plan für eine gleichstellungspolitische Offensive verabschiedet. Darin fordern wir:

- **Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle.** Dafür braucht es eine echte Elternzeit und gute Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern. Das bedingt einen besseren Kündigungsschutz für Mütter nach dem Mutterschaftsurlaub und mehr Teilzeitstellen für Mütter und Väter.
- **Kinderbetreuung für alle.** Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz braucht, soll einen erhalten. Und dieser Platz muss bezahlbar sein! In keinem anderen Land müssen die Eltern so viel für die Betreuung ihrer Kinder ausgeben. Trotzdem ist das Betreuungspersonal schlecht entlohnt. Das muss dringend verbessert werden. Wir fordern gratis Betreuungsplätze für untere und mittlere Einkommen und für das Personal bessere Arbeitsbedingungen.
- **Mehr Fairness beim Familienunterhalt.** Alleinerziehende sind besonders häufig von Armut betroffen, teilweise auch, weil die Unterhaltspflichtigen nicht zahlen. Für solche Fälle braucht es darum eine Alimentenbevorschussung. «Betroffene sollen in diesen Fällen Vorschüsse erhalten», sagt SP-Nationalrat Roger Nordmann.
- **Bessere Anerkennung der Angehörigenpflege.** Wer sich neben



Der Vaterschaftsurlaub kommt



Adrian Wüthrich, Nationalrat BE, Präsident Verein «Vaterschaftsurlaub jetzt!» und Präsident Travail.Suisse

Die Geburt des Vaterschaftsurlaubs rückt näher. Bremsend wirkte in der Sommersession einzig der Ständerat: Er lehnte die Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» ab. Trotzdem positiv: Der indirekte Gegenvorschlag mit zehn Tagen Vaterschaftsurlaub fand eine Mehrheit. Sagt der Nationalrat ebenfalls Ja, wird ein gesetzlich verankerter Vaterschaftsurlaub endlich Tatsache.

Die SP wird sich im Nationalrat für die Initiative mit dem pragmatischen Vorschlag von vier Wochen Vaterschaftsurlaub und für eine Elternzeit einsetzen. Die Politik muss die Bedürfnisse der heutigen Elterngeneration berücksichtigen. Am Frauenstreik wurde eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert. Jetzt müssen Taten folgen.

Entwicklungsland Schweiz

Umfragen belegen, dass sich eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für einen Vaterschaftsurlaub ausspricht. Genügend Zeit für die Eltern nach der Geburt eines Kindes muss eine Selbstverständlichkeit werden. Die EU macht es vor: Alle Mitgliedsstaaten müssen bis in zwei Jahren mindestens zwei Wochen Vaterschaftsurlaub sowie Müttern und Vätern je zwei Monate Elternzeit gewähren. Die Schweiz ist in der Familienpolitik jedoch ein Entwicklungsland. Deshalb kommen schon kleine Schritte Meilensteinen gleich.

Die Vaterschaftsurlaubs-Initiative für 20 Tage Vaterschaftsurlaub – einzeln und flexibel zu beziehen

im ersten Lebensjahr des Kindes – ist deshalb sehr moderat und stellt bereits einen Kompromiss dar. Bei weniger als vier Wochen verpufft die Wirkung auf die Vater-Kind-Bindung oder die Gleichstellung.

Der Vaterschaftsurlaub ist notwendig für einen gelungenen Start ins Familienleben. Er ermöglicht es den Eltern, das Leben mit Kind und Haushalt gemeinsam zu gestalten. Der Vaterschaftsurlaub ist zeitgemäss, weil die heutigen Väter von Beginn an Verantwortung übernehmen und mit ihren Partnerinnen ein gleichberechtigtes Familienleben führen wollen. Dafür benötigen sie Zeit: zur Entwicklung einer besseren Bindung zum Kind, für die Betreuung des Kindes und zur Organisation der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Sozialpolitisches Meilensteinchen

Diese Zeit ist gut investiert. Der Lohnausfall von 20 Arbeitstagen soll über die Erwerbssersatzordnung (EO) zu 80 Prozent entschädigt werden, genau wie der Mutterschaftsurlaub. Die Kosten von rund 420 Millionen Franken für vier Wochen Vaterschaftsurlaub sind für Unternehmen und Arbeitnehmende bezahlbar: Je rund 0,055 Lohnprozente sind für die EO zusätzlich nötig. Bei einem Lohn von 6000 Franken macht das pro Monat je 3 Franken 30 aus – wenig Geld mit grosser Wirkung: Väter und Familien bekommen mehr Zeit. Und die Unternehmen erhalten motivierte und engagierte Väter.

In der Herbstsession ist der Nationalrat an der Reihe. Er hat die Chance, diese verlorene Legislatur der rechten Mehrheit mit einem sozialpolitischen Meilensteinchen abzuschliessen.

Über die Initiative wird danach im Mai oder im September 2020 das Volk entscheiden.

der Erwerbsarbeit um Angehörige kümmert – meistens sind dies Frauen –, ist benachteiligt, weil dies zu Lohnausfällen und Lücken in der Altersvorsorge führt. Darum muss die Pflege von Angehörigen besser anerkannt und abgegolten werden.

■ **Konsequentes Vorgehen gegen Lohndiskriminierung.** Dank Simonetta Sommaruga müssen Unternehmen heute Lohnanalysen durchführen und wissen so, ob sie diskriminierende Löhne zahlen. Sanktionen gibt es wegen der bürgerlichen Mehrheit aber keine. Das genügt nicht!

■ **Besserer Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.** Frauen sind heute bei sexueller Belästigung ungenügend geschützt. Die Verfahren sind schwierig und meistens verliert die Frau letztlich die Arbeitsstelle oder kündigt zermürbt selbst. Es braucht einen besseren rechtlichen Schutz und höhere Entschädigungen.

In den letzten vier Jahren hatten es Frauenanliegen schwer. Die rechte Mehrheit verhinderte Fortschritte. Die FDP-Frauen setzen auf Plakatkampagnen statt auf Taten. Darum braucht es neue Mehrheiten im Parlament und eine starke SP.



Frauenstreik: Lohn! Zeit! Respekt!

Der 14. Juni war für uns alle ein überwältigender Tag. Eine unglaubliche halbe Million Menschen demonstrierte überall in der Schweiz für Gleichberechtigung in allen Lebenslagen. Eine Nachlese in Bildern findet ihr online unter sp-schweiz.ch und hier im Heft.

Auf dem Bundesplatz sammelten wir hunderte Forderungen der demonstrierenden Frauen. Wir begreifen sie als Auftrag und wollen auf dieser Grundlage eine Initiative lancieren. Über die genaue Stossrichtung werdet ihr alle online abstimmen können. Eines dürfte der 14. Juni auch den Allerletzten klar gemacht haben: Wir wollen Gleichberechtigung. Wenn nicht jetzt, wann dann?!

Bilder: Jonas Zürcher und Jonas Ammann







«Die Forderungen sind möglich und realistisch»

JACQUES DUBOCHET, CHEMIE-NOBELPREISTRÄGER UND SP-GEMEINDERAT VON MORGES, ENGAGIERT SICH SEIT JAHREN FÜR DEN UMWELT- UND KLIMASCHUTZ. IN DEN LETZTEN MONATEN AUCH AUF DER STRASSE, GEMEINSAM MIT DER KLIMAJUGEND. DIE HOFFNUNG HAT ER NIE VERLOREN.

Du gehst mit den Schülerinnen und Schülern fürs Klima auf die Strasse, weshalb?

Weil sie recht haben! Wir sind konfrontiert mit klimatischen Veränderungen historischen Ausmasses. Es sind die Kinder von heute und morgen, die mit aller Härte davon betroffen sein werden. Deshalb müssen wir uns mit aller Kraft engagieren. Jetzt können wir das Ruder noch herumreissen, wenn wir sofort handeln.

Sind die Forderungen der Jungen, der JUSO und der SP 60+ realistisch?

In der Schweiz haben wir es in der Hand. Wir können selbst entscheiden! Wir können beispielsweise entscheiden, auf die Sonnenenergie zu setzen, oder wir können dafür sorgen, dass ein Auto nur mit mindestens drei Passagieren fahren darf. Wie man netto null schlussendlich hinkommt, ist eine technische Frage, die sich lösen lässt. Möglich und realistisch sind die Forderungen, weil der Entscheid, was wir tun, in unseren Händen liegt.

Die Forderungen unterscheiden sich deutlich. Im Zentrum steht netto null, wonach die Nettoemissionen von CO₂ auf null gesenkt werden.

Die Jugend fordert netto null bis 2030, die Gletscher-Initiative und das Pariser Klima-

abkommen sehen den Zeithorizont bei 2050. Diese Forderungen bilden den Rahmen. Es ist kein Entweder-oder. Alles, was wir erreichen, ist gut. Selbst netto null bis 2050 ist besser als nichts.

Du bist SP-Gemeinderat in Morges. Kannst du dich fürs Klima einbringen?

Es ist sehr schwierig, weil wir im Gemeinderat eine Patt-Situation haben. Sehr viele Menschen wissen, dass wir mit dem Kopf gegen die Wand rennen. Sie sind sich der Dringlichkeit bewusst. Doch worüber diskutiert der Gemeinderat? Über das Schwimmbad. Eine Klimadebatte, die diesen Namen verdient, sieht anders aus. Viele Menschen wollen die Realität nicht wahrhaben.

Macht die SP genug?

Das neue Buch von Roger Nordmann zum Thema finde ich wirklich sehr gut. Aber wer sammelt in Morges am meisten Unterschriften für die Gletscher-Initiative? Die Vereinigung der Klima-Grosseltern. Die SP muss sich mehr engagieren.

Das Klima lässt sich nicht in der Schweiz retten, sagen reaktionäre Kreise.

Natürlich macht das Klima nicht an der Grenze halt. Die Zusammenhänge müssen wir be-

greifen. Nehmen wir Indien. Dort kommt der Monsun nicht in die Gänge und auf weiten Landstrichen wächst wegen der anhaltenden Dürre und der Hitzewelle nichts mehr. Eine halbe Milliarde Menschen ist davon betroffen. Viele davon müssen in die Städte flüchten und werden zu Vertriebenen im eigenen Land. Nun kann man sagen, Indien sei weit weg. Doch die Migration wird uns alle angehen. Wir wissen nicht, was in der Schweiz passieren wird.

Was tust du, um ob der vielen Hiobsbotschaften nicht zu verzweifeln?

Es gibt Lösungsansätze und damit Hoffnung. Mit dem Szenario netto null bis 2030 kämen wir mit einem blauen Auge davon. Und niemand kennt die Zukunft, sie hält immer Überraschungen bereit. Ausserdem habe ich die letzten Jahrzehnte in einer ausserordentlich privilegierten Situation gelebt. Da kann ich nicht einfach die Hände werfen und mit 77 Jahren nichts tun. Wenn man die Möglichkeit und die Chance hat, muss man handeln.

ZUR PERSON

Der emeritierte Professor Jacques Dubochet, 77, lebt in Morges, VD, und vertritt dort die Anliegen der SP in der Legislative. Seit vielen Jahren setzt er sich für politische Anliegen ein – von der Anti-AKW-Bewegung bis zum Klimaschutz. 2017 wurde ihm der Nobelpreis für Chemie verliehen.

Ein Team mit Energie und Kompetenz



Frantisek Matous

IN BEIDEN BASEL IST DIE SP DIE STÄRKSTE PARTEI. AUCH IN ZUKUNFT WILL SIE DIE REGION MIT EINEM STARKEN DUO IM STÄNDERAT VERTRETEN: EVA HERZOG (BS) UND ERIC NUSSBAUMER (BL) KANDIDIEREN FÜRS «STÖCKLI». DIE LINKS-REDAKTION HAT SICH MIT DIESEM NEUEN TEAM ÜBER ZIELE UND HERAUSFORDERUNGEN UNTERHALTEN.

Was bringt ihr beide der Region als neues SP-Team, und was motiviert euch für diese Aufgabe?

EN: Ich weiss aus meiner langjährigen Erfahrung, wie man im Bundeshaus und in der Bundesverwaltung Themenschwerpunkte setzen kann. Bis man «Bern» kennt, dauert es einen Moment. Dieses Know-how will ich nun im Ständerat einbringen.

EH: Für uns Regierungsmitglieder sind die Ständesvertretungen wichtige Ansprechpersonen, ihre Tätigkeit ist mir daher nicht unbekannt und scheint mir in der Art recht ähnlich: Auch im Ständerat wird doch recht lösungsorientiert politisiert.

EN: Eva bringt eine extrem starke finanzpolitische Kompetenz mit, ich mache Energie- und Umweltpolitik sowie Aussenpolitik. Thematisch ergänzen wir uns also ideal. Die Debattenkultur im Ständerat gefällt mir sehr, das einzelne Argument wird noch gehört.

EH: Ich bin ein politischer Mensch und möchte weiterhin mitgestalten. Neben der Finanzpolitik interessieren mich vor allem die grossen Herausforderungen im Bereich der Sozialpolitik mit besonderem Augenmerk auf der Gleichstellung der Frauen und der Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung.

Gemäss euren Webseiten ist für euch beide die Europapolitik ein wichtiger Schwerpunkt. Liegt das an der Herkunftsregion?

EH: Wenn man in Basel lebt und vernetzt ist, auch nach Deutschland und Frankreich, weiss man, dass unsere Region ohne die offenen Grenzen nicht funktionieren würde. Ich teile die Haltung der SP-Fraktionsmitglieder, die sich pro-europäisch geäussert haben.

EN: Die Zusammenarbeit der europäischen Länder ist mit Blick auf die Geschichte eine

riesige Errungenschaft. Dieser Kooperation liegt die existenzielle Frage von Krieg und Frieden zugrunde, das darf man nicht vergessen! Meine Haltung gründet sich aber schon auch auf der Standorterfahrung: Wer versteht, wie diese Region wirtschaftspolitisch funktioniert, kann gar nicht anders, als sich der europäischen Integration anzunehmen.

Welche Erkenntnisse nehmt ihr mit aus den Ergebnissen der Europawahlen?

EN: Die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und Frankreich sind in schlechter Form. Gewonnen hat die SP in jenen Ländern, in denen sie sich auf zwei wichtige Standbeine beruft: Europapolitische Öffnung und grosses Gewicht auf die soziale Frage. Wenn wir diese beiden Standbeine behalten, kommen wir nicht ins Wanken.

EH: Der Zulauf zu den rechtspopulistischen Kräften traf glücklicherweise nicht im erwarteten Umfang ein. Die Verluste der SPD sind das Resultat einer selbstlosen Politik im Interesse der Stabilität – zulasten ihres eigenen Profils. Kanzlerin Merkel hat in der grossen Koalition alles aufgesogen.

«In der Bundeskasse hat es Handlungsspielraum. Gerade auch für Projekte für die Energiewende und gegen den Klimawandel.»

Eva Herzog (BS)

Fortsetzung auf Seite 10

Die Umwelt- und Klimapolitik ist die grosse Herausforderung, der wir uns gemeinsam mit Europa und der restlichen Welt stellen müssen. Reicht der Druck der Klimastreiks aus, damit in der kommenden Legislatur in der Schweiz entscheidende Fortschritte möglich sind?

EH: Der Druck hat bereits die Dringlichkeit ins allgemeine Bewusstsein gebracht. Nun geht es an die Umsetzung, die wohl eine kluge Mischung aus Fördermassnahmen und Investitionen in erneuerbare Energien, Anreizen zu Verhaltensänderungen durch Lenkungsabgaben und auch Verzicht sein muss – um nicht zuletzt auch in einer allfälligen Volksabstimmung standzuhalten.

EN: Der zivilgesellschaftliche Druck ist sehr wichtig. Auch ist die Wissenschaft sehr geschlossen in dieser Frage und liefert verlässliche Grundlagen. Ganz entscheidend ist zudem die Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft das Pariser Abkommen hinbekommen hat. Es braucht alle diese Elemente.

EH: Wenn es um energie- und umweltpolitische Massnahmen geht, ist Eric der Fachmann. Bei den Finanzmarktthemen sowie der Steuer- und der Abgabenpolitik, die ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der Klimafrage sind, kann ich mich einbringen.

EN: Eine gute Arbeitsteilung ist in Bern ganz essenziell. Im guten Zusammenspiel kann man etwas bewegen.

Welche Bedeutung hat das Zusammenspannen für regionale Infrastrukturprojekte – wie zum Beispiel das Herzstück?

EN: Bei Infrastrukturprojekten ist eigentliche Standespolitik möglich. Sonst ist es ja nicht so, dass man als Ständerat nur noch Politik «für einen Kanton» macht. Entscheidend ist bei solchen Projekten, dass man hinter den Kulissen im Vorfeld gut arbeitet.

EH: Die wichtige Arbeit passiert vor der öffentlichen Debatte. Ich teile die Klage nicht, dass unsere Region grundsätzlich zu wenig Gewicht geniesst in Bern. Beim Herzstück haperte es, weil wir uns auch als Region über die bevorzugte Variante lange nicht einig waren. Bei der Unternehmenssteuerreform brachten wir aber zum Beispiel wichtige Bestandteile wie die Patentbox erfolgreich ein, ebenso bei der letzten Reform des Finanzausgleichs: Endlich haben wir durchgebracht, dass die städtischen Zentrumslasten besser abgegolten werden. Solchen Erfolgen geht jahrelange Arbeit voraus.

EN: Wer viel arbeitet, ist in Bern im Vorteil. Das Zusammenspannen als Vertreterin und Vertreter von zwei Halbkantonen ist natürlich zudem effizienter, wenn man gut zusammenarbeitet – wie Eva und ich.

Ein weiteres grosses Thema ist die Arbeitsmarktsituation mit den Sorgen der Ü50, aber zum Beispiel auch einer bisher nicht möglichen Arbeitsintegration von geflüchteten Menschen. Welcher Weg führt aus der Sackgasse?

EN: Das Wichtigste ist die Forderung der SP nach lebenslanger Bildung, so günstig wie möglich. Es gilt, die Menschen zu befähigen – jene am Ende ihrer Erwerbszeit ebenso wie

jene mit sprachlichen Defiziten. Dafür müssen wir Mittel effizient einsetzen.

EH: Die Schweiz hat eine hervorragende Ausgangslage, die anstehenden Herausforderungen – die Finanzierung von Weiterbildungen, aber auch die Reform der Sozialwerke – zu stemmen: In der Bundeskasse hat es Handlungsspielraum. Gerade auch für Projekte für die Energiewende und gegen den Klimawandel.

EN: Es ist eine Verteilungsfrage. Welcher Bereich erhält wie viel Geld? Deshalb ist es so zentral, dass sich im Nationalrat die Mehrheitsverhältnisse ändern – und dass die SP weiterhin eine starke Fraktion in der kleinen Kammer stellt. Dafür braucht es uns beide im Ständerat.

Das Interview führte Lisa Mathys, Parteisekretärin SP BL und Grossrätin SP BS

«Eine Politik der Öffnung und grosses Gewicht auf die soziale Frage: Mit diesen beiden Standbeinen kommt die SP nicht ins Wanken.»

Eric Nussbaumer (BL)



Eric Nussbaumer (BL)



Eva Herzog (BS)



«Ich will in Kreisen präsent sein, die sonst nicht eingebunden sind»

DIE SP-FRAKTION HAT YLFETE FANA FÜR DAS KANTONSRATS-VIZEPRÄSIDIUM 2019/2020 NOMINIERT. DIE WAHL IM KANTONSRAT FAND AM 17. JUNI STATT. IHRE NACHFOLGE ALS FRAKTIONSCHEF TRITT MARCEL BUDMIGER AN.

Liebe Ylfete, herzliche Gratulation zur Wahl als Kantonsratsvizepräsidentin. Vorbehaltlich deiner Wahl durch den Kantonsrat wirst du 2020/21 Kantonsratspräsidentin und damit für ein Jahr höchste Luzernerin. Hast du schon Ideen fürs Präsidialjahr?

Danke, ich freue mich sehr über die Nominierung und das mir entgegengebrachte Vertrauen! Als Kantonsrätin werde ich mich die nächsten zwei Jahre etwas zurückhalten. Im Präsidialjahr werde ich aber sicher meine politischen Schwerpunkte in geeigneten Formen einbringen. Am 25. Oktober 2020 feiert der Kanton Luzern das 50-Jahre-Jubiläum der Einführung des kantonalen Frauenstimmrechts. Diese Gelegenheit werde ich nutzen, um den Kampf für Gleichstellung, den vor allem die SP massgeblich mitgeprägt hat, zu würdigen. Ein zweites Thema ist mir auch wichtig: Ich werde proaktiv auf MigrantInnen-Organisationen zugehen. Ich will gerade in Kreisen präsent sein, die sonst nicht so eingebunden sind und wo man vielleicht gar nicht weiss, dass man die höchste Luzernerin einladen kann. Es laufen ausserdem Vorbereitungsarbeiten, um eine MigrantInnen-Session im Herbst 2020 zu lancieren, worüber ich mich sehr freuen würde.

Du warst seit Mai 2015 Fraktionschefin. Die Arbeit und Präsenz der Fraktion wird heute in der Partei und in den Medien sehr gelobt. Wie hast du die Entwicklung in den letzten vier Jahren erlebt?

Im 2015 bin ich als Fraktionschefin neu gestartet, gleichzeitig David als Parteipräsident. Von Anfang an war uns eine enge Zusammenarbeit zwischen Partei- und Fraktionspräsidium sehr wichtig. Durch ein vorausschauendes Monitoring der Regierungsgeschäfte und schnelle Medien-Reaktionen waren wir den anderen Fraktionen oft einen Schritt voraus. Die vier Jahre waren geprägt vom Thema Finanzen und Abbaumassnahmen, was uns enorm gefordert hat. Der neunmonatige budgetlose Zustand war sicher ein Tiefpunkt. Mit voller Kraft kämpften wir in der Fraktion, aber auch der ganzen Partei für die Prämienverbilligung. Letztendlich blieb uns nichts anderes übrig, als den Rechtsweg zu beschreiten. Was haben uns die Bürgerlichen deswegen kritisiert! Doch es hat sich gelohnt, wie das Bundesgerichtsurteil gezeigt hat.

Bei den Kantonsratswahlen ist das Parlament linker und grüner geworden. Macht sich der frische Wind aus deiner Sicht schon bemerkbar?

Schon nur der Blick in den Saal, mit den vielen neuen Sitzen von Links-Grün und insbesondere dem höchsten Frauenanteil in der Geschichte des Kantonsrates, macht Freude. Politisch muss sich erst noch zeigen, ob es die eine oder andere neue Mehrheit geben wird. Auf jeden Fall wird es weiterhin ein hohes Engagement und Knochenarbeit der Fraktion brauchen.

Interview: Sebastian Dissler

«Schon nur der Blick in den Saal, mit den vielen neuen Sitzen von Links-Grün und insbesondere dem höchsten Frauenanteil in der Geschichte des Kantonsrates, macht Freude.»



VOLKSABSTIMMUNG VOM 19. MAI ÜBER DIE KANTONALE UMSETZUNG DER STAF

Kanton Solothurn macht's vor!

DAS NEIN DER SOLOTHURNER STIMMBEVÖLKERUNG ZUR KANTONALEN UMSETZUNG DER UNTERNEHMENSSTEUERREFORM FREUT DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI SEHR. ETWAS MEHR ALS 2000 STIMMEN HABEN LETZTENDLICH DEN UNTERSCHIED AUSGEMACHT. DIE 51-PROZENT-MEHRHEIT IST WICHTIG FÜR SOLOTHURN, ABER AUCH EIN SIGNAL WEIT DARÜBER HINAUS.

Den Komitees finanzloch.ch und steuervorlagesonicht.ch, in denen auch zahlreiche Gemeindevertreter*innen sassen, ist ein Coup gelungen. Obwohl sie über massiv weniger finanzielle Mittel verfügten als die Befürworter, gelang es ihnen, diese ungerechte Vorlage mit guten Argumenten zu Fall zu bringen. Dieser Volksentscheid ist ein Erfolg für die SP und ihre Partner und hat auch national grosse Signalwirkung. Die Kantone sind angehalten, bei der Privilegierung von juristischen Personen Mass zu halten – **SO MACHTS VOR!**

Das Solothurner Stimmmolk hat gezeigt, dass es überrissene und unberechenbare Steuersenkungen für juristische Personen nicht hinnimmt. Das Nein ist ein deutlicher Fingerzeig, dass tiefere Gewinnsteuern für Firmen bloss dann eine Chance haben, wenn sie massvoll ausgestaltet und sozial so abgefedert sind, dass erstens wirklich für alle etwas übrigbleibt und zweitens Kanton und Gemeinden dabei nicht ausgehungert wer-

Niklaus Wepfer,
Parteisekretär



den. Wenn übertrieben wird, nützt selbst ein 15-mal höheres Abstimmungsbudget nichts. Nach dem USR III-Debakel und dem erneuten Nein der Solothurnerinnen und Solothurner zu einer völlig überrissenen Tiefsteuerstrategie von Regierungs- und Kantonsrat stellt die SP folgende Forderungen:

1. Gegenüber der ersten Vorlage müssen die Steuerausfälle halbiert werden.
2. Die tiefen und mittleren Einkommen müssen substanzieller entlastet werden.
3. Es braucht eine deutliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

4. Die Gemeinden müssen so weit wie möglich schadlos gehalten werden.

Die SP bietet weiterhin Hand für massvolle Steuersenkungen bei den juristischen Personen. Der Regierungs- und Kantonsrat sind nun gehalten, eine faire und breit abgestützte Vorlage ohne einseitige Bevorzugung und mit spürbaren sozialen Kompensationen vorzuschlagen.

Die SP Kanton Solothurn bedankt sich bei allen, die in irgendeiner Form dazu beigetragen haben, diese Vorlage zu bekämpfen. Sei dies finanziell mit einer Spende, mit einem Leserbrief, Flyer verteilen, der Teilnahme an Podiumsdiskussionen oder im direkten Gespräch.

Das Nein ist ein deutlicher Fingerzeig.



 GLETSCHER
INITIATIVE

Jetzt die beiliegende
Initiativkarte
unterschreiben!

GLETSCHER-INITIATIVE

Kein Geld für Öl und Kohle

OHNE DIE PROTESTE DER JUNGEN IM LETZTEN HALBEN JAHR WÄRE DAS KLIMA NIE ZUM WAHLKAMPFTHEMA NUMMER EINS GEWORDEN. DIE GLETSCHER-INITIATIVE FORDERT KLIPP UND KLAR DAS ENDE DES FOSSILEN ZEITALTERS.

Die SP stellte als einzige Partei bereits im Juni 2018 eine Delegiertenversammlung unter das Thema Klimaerhitzung. Das dort verabschiedete Positionspapier fordert: Taten statt Illusionen. Seither haben SP-Leute in den Parlamenten zahlreiche Vorstösse zum Thema Klima eingereicht.

Der neueste Bericht des UNO-Klimarats ist so alarmierend wie konsequent: Der Nettoausstoss von CO₂ muss bis 2050 auf null reduziert werden. So weit getraut sich unser Bundesrat gar nicht zu denken. Bis 2050 will er den Ausstoss um rund 75 Prozent gegenüber 1990 senken. Das ist weit weg von null. Für das rechtsbürgerlich dominierte Parlament war aber sogar das zu viel.

Aus Frust darüber, dass in der Politik zu wenig lief, wurde letztes Jahr der Verein Klimaschutz Schweiz gegründet. Im Mai lancierte er die Gletscher-Initiative. Nirgends in der



Claudia Friedl, Nationalrätin
SG, Mitglied des Initiativ-
komitees

Schweiz wird die Klimaerhitzung sichtbarer als bei den schwindenden Gletschern. Jedes Jahr verlieren sie einen Meter an Dicke.

Klimaschutz muss unbedingt sozialverträglich sein

Die Gletscher-Initiative verlangt einen neuen Artikel 74a «Klimapolitik» in der Bundesverfassung. Die Forderung darin stützt sich auf das Ziel des Pariser Klimaabkommens: eine Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2050 auf netto null. Ab 2050 dürfen keine fossilen Brennstoffe mehr in Umlauf gebracht werden. Die Klimapolitik muss zudem auf eine Stärkung der Volkswirtschaft und auf Sozialverträglichkeit ausgerichtet sein. Das ist ein wichtiges Anliegen für die SP.

Die Initiative enthält darüber hinaus Übergangsbestimmungen, die einen verbindlichen Abbaupfad mit Zwischenzielen verlangen. Ohne solche läuft überhaupt nichts. Die Initiative setzt Bundesrat und Parlament mächtig unter Druck, endlich zu handeln. Eines ist klar: Alles, was zur Klimaerhitzung beiträgt, muss dringend angepackt werden.

Wir beginnen ja nicht bei null. Einzelne Massnahmen laufen bereits an. Beispielsweise müssen die Banken, Pensionskassen und Versicherungen aufhören, in Kohle, Erdöl, Erdgas oder Abholzungen zu investieren. Im Gebäudebereich braucht es bessere Wärmedämmungen und den Ersatz von fossilbetriebenen Heizungen. Es müssen Treibstoffabgaben und eine Flugticketabgabe eingeführt werden.

Widersinnige Vorhaben der SBB

Die von der SBB angedachte Abschaffung des Studenten-GA und die Verteuerung des normalen GA gehen genauso in die falsche Richtung wie der weitere Ausbau der Autobahnen. Die Mobilität der Zukunft ist elektrisch. Sie geschieht in erster Linie mit dem öffentlichen Verkehr oder mit dem Velo. Auch muss die Landwirtschaft ökologischer werden.

Mit der aktuellen Zusammensetzung des Parlaments ist es schier unmöglich, wirkungsvolle Massnahmen festzulegen. Darum braucht es im Herbst mehr SP im Parlament und die Gletscher-Initiative als starkes Druckmittel.



Muriel Waeger läuft an der Pride in Zürich gegen Vorurteile an.

Pia Wildberger

«Diskrimi Aggressio

DIE SP KÄMPFT SEIT VIELEN JAHREN FÜR DIE ANLIEGEN VON SCHWULEN, LESBEN, BISEXUELLEN SOWIE VON TRANS- UND ZWISCHENGESCHLECHTLICHEN MENSCHEN. MIT MURIEL WAEGER HAT DIE SP-INTERNE LGBTIQ-FACHKOMMISSION EIN NEUES GESICHT BEKOMMEN.

Die Schweiz hatte 2006 einen ersten schwulen Nationalratspräsidenten, die Stadtpräsidentin von Zürich ist lesbisch. Werden Schwule, Lesben und Bisexuelle tatsächlich heute noch diskriminiert?

Bei den Lesben- und Schwulenorganisationen LOS und Pinkcross führen wir ein Sorgentelefon. Wöchentlich rufen mehrere Personen an, die teils schwerwiegende Benachteiligungen und sogar Gewalt erfahren. Die Selbstmordrate in der LGBTIQ-Gemeinde liegt deutlich höher. Das zeigt, dass Schwierigkeiten bestehen. Aber wir haben keine Statistiken, und das ist ein grosses Problem.

Welcher Art Diskriminierung sind Schwule und Lesben im Alltag denn ausgesetzt?

Viele Menschen stellen sich Diskriminierung als direkten Angriff auf offener Strasse vor. Dabei ist es ein umfassender Begriff für zahlreiche, sehr unterschiedliche Formen der Unterdrückung: Von der gesellschaftlichen Haltung gegenüber einer Menschengruppe über fehlende oder schädliche Gesetze bis hin zu verbaler und handgreiflicher Gewalt. Homophobie ist zudem eng mit Sexismus verbunden.

Kannst du ein Beispiel nennen?

Übergriffe auf Lesben sind je nach Aussehen eher sexueller Natur. Wenn ich mit meiner

DARÜBER STIMMEN WIR AB

Die Forderung, homophoben Hass und Gewalt unter die Rassismusstrafnorm zu stellen, geht auf eine Parlamentarische Initiative von SP-Nationalrat Mathias Reynard zurück. Das Parlament befürwortete das Ansinnen, doch EDU und SVP ergriffen das Referendum, sodass wir voraussichtlich im Februar 2020 darüber abstimmen müssen.



Rebekka Wyler,
Co-Generalsekretärin
der SP Schweiz

nierung und nen sind alltäglich»

Freundin nachts Hand in Hand die Strasse runterlaufe, bietet uns garantiert jedes zweite Mal ein Mann einen Dreier an. Eher maskulin wirkende Frauen werden auch aggressiv angegangen. Gewalt kommt immer noch sehr häufig vor. Diskriminierung und Aggressionen sind alltäglich. Für viele Menschen ist es auch heute nicht egal, wen man liebt.

Woran liegt das?

Unter anderem daran, dass Schwule und Lesben im öffentlichen Leben zu wenig sichtbar sind. Im Nationalrat sind sieben geoutete Schwule, keine Lesbe und keine Trans-Person. An der Universität wird bloss allgemeine Medizin gelehrt, und auf die spezifischen Bedürfnisse der LGBTIQ-Community wird nicht eingegangen. Die Gesellschaft muss mehr über das Thema wissen, um Vorurteile und Gewalt vorzubeugen. Dafür müssen wir jetzt kämpfen.

Was lässt sich tun?

Das Problem ist, dass wir keine Zahlen haben. Wir wissen zwar, dass es um die psychische Gesundheit von Schwulen und Lesben vergleichsweise schlechter steht. Depressionen sind weit verbreitet, auch der Alkoholkonsum liegt bei diskriminierten Menschen tendenziell höher. SP-Nationalrätin Samira Marti hat ein Postulat eingereicht, damit Gesundheitsstatistiken erhoben werden. Dringend brauchen wir auch Statistiken zu Übergriffen und homophober Gewalt. Nur so können wir zeigen, dass die Aggressionen tatsächlich Alltag sind. Homophobe Gewalt und Hass müssen verboten werden!

Wie viele Menschen zählen überhaupt zur LGBTIQ-Community?

Der Anteil der LGBTIQ-Gemeinschaft an der Bevölkerung liegt bei zehn Prozent. In der Schweiz also ungefähr 800 000 Menschen. Man muss unterscheiden: Die Begriffe lesbisch, schwul (englisch gay) und bisexuell bezeichnen eine sexuelle Orientierung. Bei Trans- und Inter-Menschen hingegen geht es um Fragen des eigenen Geschlechts und damit der eigenen Identität. Unsere Forderungen sind jedoch eng verwandt.

Welches sind politisch die brisantesten Anliegen?

Wir kämpfen derzeit dafür, dass Gewalt und homophober Hass unter die Rassismusstrafnorm fallen und strafrechtlich verfolgt werden können. Ebenso wichtig ist uns die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare sowie die Möglichkeit, Kinder zu bekommen und als Mutter und Vater auch rechtlich abgesichert für die Kinder da sein zu können.

Gerade die Forderung, Kinder zu adoptieren, spaltet die Gesellschaft.

Für eine glückliche und gesunde Kindheit und Jugend brauchen Kinder die bedingungslose Liebe und die Fürsorge von Erwachsenen. Ob es sich dabei um zwei Mütter oder zwei Väter handelt, spielt keine Rolle. Die Erfahrung aus heutigen Patchwork-Familien lehrt uns, dass auch diese Kinder ganz normal aufwachsen. Lesbische und schwule Paare können genauso gute oder schlechte Eltern sein wie alle anderen.

Interview: Pia Wildberger

«Die Welt hat grössere Probleme als Frauen, die sich küssen.»

ZUR PERSON

Muriel Waeger, 24, teilt sich mit Angelo Barrile (ZH) das Präsidium der SP-Fachkommission für LGBTIQ-Fragen. Die ehemalige JUSO-Vizepräsidentin hat Mathematik und Geschichte studiert und arbeitet auf dem Sekretariat der Lesben- und Schwulenorganisationen LOS und Pinkcross.

Möchtest du Mitglied der Kommission werden und dich ganz direkt für die Anliegen der LGBTIQ-Community einsetzen? Du bist herzlich willkommen! Melde dich bei Claudio Marti, rechtspolitischer Fachsekretär der SP Schweiz, unter claudio.marti@spschweiz.ch.

Alle anders, alle gleich

Geschirr klirrt, eine Kaffeemaschine läuft. Über hundert Menschen unterhalten sich lebhaft. Doch es ist kein Wort zu hören. Beim Begrüssungskaffee vor der Jahresversammlung des Gehörlosenbundes werden verschiedene Gebärdensprachen gesprochen. Die Deutschschweizer Gebärdensprache, die Langue des Signes Française und die Lingua Italiana dei Segni unterscheiden sich ebenso wie Deutsch, Französisch und Italienisch. Ich verstehe nichts. Und ich weiss: Meistens ist es umgekehrt.

Es ist faszinierend, den Verhandlungen in drei Gebärdensprachen und drei Lautsprachen zu folgen. Der Verband hat ein Podium mit Vertreterinnen verschiedener Parteien organisiert, darunter auch Barbara Gysi für die SP. Ebenfalls teil nimmt Verena Kuonen, Vizepräsidentin des Dachverbands Inclusion Handicap. Sie ist blind und bittet die anderen Teilnehmenden darum, vor ihren Voten jeweils ihren Namen zu nennen. Völlig einleuchtend, und dennoch muss sie darauf hinweisen.

Mit Politik zur Inklusion

Zahlreiche Menschen in der Schweiz leben mit einer Beeinträchtigung. Und immer mehr organisieren sich auch politisch. Denn auf diesem Weg müssen wir die zahlreichen Hindernisse abbauen. So fordert der Gehörlosenbund, dass die Gebärdensprachen offiziell anerkannt werden. Nur so erhalten gehörlose Menschen endlich besseren Zugang zu Informationen. Die SP unterstützt die entsprechenden Vorstösse im Parlament.

Seit 2018 bietet die SP für die grossen Parteianlässe eine Verdolmetschung in Gebärdensprache an. Das ist ein wichtiger, aber nur ein erster Schritt. Unser Ziel ist Inklusion. Politik und Gesellschaft müssen barrierefrei werden. Die SP kämpft für die Gleichberechtigung der Geschlechter, für Mitbestimmung am Arbeitsplatz, für Stimmrechtsalter 16 und für LGBTIQ-Rechte. Dieser Kampf umfasst auch den Kampf für Rechte von Menschen mit Behinderungen. Denn wir sind alle anders – und alle gleich.

Den Jungen gehört die Zukunft: Zeit fürs Stimmrechtsalter 16

DIE KLIMAJUGEND IST AUFMÜFFIG UND MACHT DER ETABLIERTEN POLITIK GEHÖRIG DAMPF – VOR ALLEM AUF DER STRASSE. AUCH WEIL DIE JUNGEN NICHT ANDERS KÖNNEN: VIELE VON IHNEN WERDEN IM OKTOBER NICHT WÄHLEN. UND SIE WERDEN SICH AUCH NICHT IN AMT UND WÜRDEN WÄHLEN LASSEN KÖNNEN. SIE SIND SCHLICHT ZU JUNG.

Seit Monaten geht die Schweizer Jugend auf die Strasse. Sie demonstriert für Klimagerechtigkeit. Und sie fordert die institutionelle Politik auf, der Bekämpfung der Klimakrise endlich höchste Priorität einzuräumen. Gleichzeitig äussern sich vermehrt bürgerliche Politikerinnen und Politiker entnervt und teilweise



Samira Marti, Nationalrätin BL

abschätzig über die wachsende Jugendbewegung: «Anstatt zu streiken oder zu demonstrieren, sollen die Jungen sich besser politisch einbringen!» Was dabei vergessen geht: Der Grossteil der Streikenden ist (noch) nicht stimm- und wahlberechtigt.

Glarus als Vorbild

Ihnen bleibt deshalb keine andere Möglichkeit, als ihre politischen Forderungen auf die Strasse und damit in die Öffentlichkeit zu tragen. Angesichts der Herausforderungen der Zukunft wird es Zeit, die Einführung des Stimmrechtsalters 16 wieder auf die Traktandenlisten zu setzen. Die SP Schweiz hat sich in der Vergangenheit mehrfach für dessen Einführung eingesetzt. Unter anderem haben Ursula Wyss, Evi Allemann und Mathias Reynard als jeweils jüngste Parlamentsmitglieder entsprechende parlamentarische Initiativen eingereicht – leider jeweils ohne Erfolg.

Im Jahr 2007 wurde im Kanton Glarus dank des Engagements der JUSO das Stimmrechtsalter 16 eingeführt, im Kanton Basel-Landschaft wurde im letzten Jahr über eine entsprechende Initiative der JUSO abgestimmt, und auch in Bern hatte 2009 Nadine Masshardt, da-

mals Grossrätin, gemeinsam mit der damaligen Ständerätin Simonetta Sommaruga eine entsprechende Behördeninitiative unterstützt.

Es gibt viele Gründe, die für die Einführung des Stimmrechtsalters 16 sprechen:

- Jugendliche müssen mit 16 oftmals weitreichende und wegweisende Entscheide fällen, sei es über ihre berufliche Zukunft oder ihre Ausbildung. Sie haben die obligatorische Schulzeit abgeschlossen und tragen juristisch Rechte und Pflichten. Trotzdem wird ihnen heute die politische Mitsprache verwehrt.

- Der Ausbau der demokratischen Mitsprache gehört zur politischen Geschichte der Schweiz. Ein wichtiger, wenn auch später Meilenstein war die Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1971. 1991 wurde das Stimmrecht von 20 auf 18 Jahre herabgesetzt. Die Forderung nach dem Stimmrechtsalter 16 reiht sich in diese Tradition ein.

- Aufgrund der Klimaerhitzung stellen sich existenzielle Fragen, die die nahe und fernere Zukunft und damit insbesondere die jüngste Generation betreffen. Wenn wir unsere Lebens- und Wirtschaftsweise nicht bald in Einklang mit der Belastbarkeit unseres Planeten bringen, wird das die Jüngsten am stärksten betreffen. Umso wichtiger ist es, ihnen heute die entsprechende politische Mitsprache zu gewähren und damit zu verhindern, dass Politik auf ihre Kosten gemacht wird.



ALT, ÄLTER, AM ÄLTESTEN

Teilt man die Wählenden in zwei gleich grosse Gruppen, «so ist der Medianwählende heute 57 Jahre alt», schreibt Claude Longchamps auf Twitter. Jährlich steigt dieser Durchschnittswert um 4 Monate.

Das Durchschnittsalter der gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier hingegen ist seit längerer Zeit stabil, wie die Parlamentsdienste errechnet haben: 51 Jahre im Nationalrat, 56 Jahre im Ständerat. Die Frauen im Parlament sind im Schnitt drei Jahre jünger als die Männer. Ein Vergleich der Altersverteilung in den Räten mit derjenigen in der Schweizer Wohnbevölkerung ab 18 Jahren macht deutlich, dass sowohl die 18- bis 30-jährigen wie auch die über 70-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner im Parlament kaum durch Personen ihres Alters vertreten sind.

«Die Mieten werden explodieren»

Wenn es nach dem Willen des rechtsbürgerlichen Nationalrats geht, werden Wohnungen bald noch teurer. Im Bild: Eine Aktion der JUSO gegen Wohnungsnot in Luzern.

MIETERINNEN UND MIETER SOLLEN KÜNFTIG NOCH STÄRKER ZUR KASSE GEBETEN WERDEN KÖNNEN. DAGEGEN WEHREN SOLLEN SIE SICH BITTESCHÖN AUCH NICHT. DAS HAT DER NATIONALRAT GEGEN HEFTIGEN WIDERSTAND VON LINKS BESCHLOSSEN.

Die Gier der Vermieter kennt keine Grenzen. Die Parlamentarier und Leiter von diversen Immobilienverbänden – Hauseigentümer-Präsident Hans Egloff, Olivier Feller und Philippe Nantermod – haben einen Frontalangriff auf das Mietrecht gestartet. Im bürgerlich dominierten Nationalrat sind die Herren mit Hilfe von SVP, FDP und Teilen der CVP damit durchgekommen. Ihr klares Ziel: Die vollständige Durchsetzung der Marktmiete.

Dazu ist ihnen jedes Mittel recht. So sollen Vermieter die Rendite auf das investierte Kapital erhöhen dürfen. Erlaubt ist derzeit eine Eigenkapitalrendite von maximal 0,5 Prozent über dem massgebenden Referenzzinssatz (aktuell 1,5 Prozent). Diesen Wert will der Nationalrat auf Wunsch der Immobilienlobby auf 2 Prozent erhöhen. Das wird zu massiven Mietzinserhöhungen führen, ohne dass diese als missbräuchlich angefochten werden können. Die Mieten werden explodieren.

Beispiel gefällig? Gemäss Mieterverband würde bei einer zulässigen Rendite von 3,5 Prozent (1,5 Prozent Referenzzinssatz + 2 neu zulässige Prozent) und nach Berechnungen

von Fachleuten die Miete von 2095 Franken monatlich auf 2470 Franken steigen. Die Erhöhung würde also satte 375 Franken pro Monat oder 4500 Franken pro Jahr betragen.

Verfassungswidrig

Mit weiteren Vorstössen schlugen die Immobilien-Vertreter in dieselbe Kerbe: Mieterinnen und Mieter sollen nur noch in Zeiten des «Wohnungsmangels» einen missbräuchlichen Mietzins anfechten können. Dies steht in Widerspruch zur Bundesverfassung, Artikel 109: «Der Bund erlässt Vorschriften gegen Missbräuche im Mietwesen, namentlich gegen missbräuchliche Mietzinse.» Bereits 1972 testete der Gesetzgeber die heute vom Nationalrat angestrebte Regelung. Damals musste die Bestimmung bald wieder aufgehoben werden, weil die Vermieterschaft missbräuchlich handelte.

Als Tüpfelchen auf dem i verwarf der Nationalrat in der letzten Sessionswoche eine Motion, die den Bundesrat zu einer «ausgewogenen» Mietreform verpflichtet hätte. Die Motion stammte aus dem Ständerat.



Carlo Sommaruga, Nationalrat GE und Präsident des Mieterverbands

Doch der Nationalrat wollte nicht auf Vorschläge des Bundesrats warten und schwächte die Rechte der Mieterinnen und Mieter deutlich.

Dabei ist das heutige Mietrecht alles andere als mieterfreundlich. Es ist die Mietpartei, die eine missbräuchliche Anfangsmiete oder eine missbräuchliche Mieterhöhung anfechten muss. Und wenn der Referenzzinssatz sinkt, muss ebenfalls die schwächere Partei einen tieferen Zins verlangen.

Die Vorstösse müssen noch vom Ständerat behandelt werden. Sollten die massiven Verschlechterungen für die Mieterschaft durchkommen, hat der Mieterverband das Referendum angekündigt.

Machen wir darum am 20. Oktober den Linksrutsch möglich und verhindern Schlimmes für Mieterinnen und Mieter.

MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN

Voraussichtlich kommenden Februar werden wir über die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» abstimmen. Die wichtigsten Forderungen: Faire Mieten statt Spekulationsgewinne, gemeinnütziger Wohnungsbau statt Wohnungsnot, zahlbare Wohnungen statt Lofts auf SBB-Arealen und Subventionsstopp für Luxusbauten. Legen wir ein Ja in die Urne, um so das Mietrecht für die Mieterinnen und Mieter zu verbessern!

Der Wahlkampf vor der Tür

FÜR DEN WAHLKAMPF KLOPFEN DERZEIT IN ALLEN LANDESTEILEN FREIWILLIGE AN FREMDEN TÜREN UND FRAGEN, WO DER SCHUH DRÜCKT. SO WIRBT DIE SP UM SYMPATHIEN UND STIMMEN FÜR DIE WAHLEN IM KOMMENDEN OKTOBER. «LINKS» HAT HANSJÜRG ROHNER'S ERLEBNISSE IN AARAU AUFGEZEICHNET.

«Das ist meine erste Tour, und ich bin etwas skeptisch. Es braucht Überwindung. Wer klingelt schon gern an fremden Türen? Aber ich bin ein neugieriger Mensch. Darum habe ich mich für die heutige Quartierumfrage angemeldet.

Jetzt ist es Dienstagnachmittag um halb sechs Uhr, an einem der ersten Sommertage überhaupt. Gut vorstellbar, dass ich vergessens etwas aufgeregt bin. Die meisten werden wohl beim Feierabendbier sitzen und nicht zuhause auf uns warten.

Der Leitfaden ist gut gemacht, die Einstiegsfrage gefällt mir. Man erfährt, wo der Schuh drückt. Aber die Frage nach dem Wahlverhalten widerstrebt mir, das mögen nicht alle. Gut, dass ich in Aarau eingeteilt bin und nicht in der Gemeinde Suhr, wo ich wohne. Dort war ich einige Jahre Mitglied der Finanzkommission und kenne viele Leute.

Gespräche zwischen Tür und Angel

Die erste Tür geht auf. Frau G. stören wir beim Kochen. Mein volles Verständnis, dass da kein Gespräch möglich ist. Seit ich pen-

sioniert bin, stehe ich selber leidenschaftlich gerne am Herd. An die nächsten drei Klinken hängen wir einen Türhänger, weil schon wieder niemand die Tür öffnet.

Dann öffnet Herr T. die Tür, ein Secondo, Anfang 30. Er ist in der Schweiz geboren, hat aber keinen roten Pass. Er wolle nicht um die Einbürgerung betteln, er fühle sich als Schweizer und ein Papier ändere nichts an seiner Identität. – Ja, die SP setzt sich für erleichterte Einbürgerungen ein.

Verschlossene Türen, offene Menschen

An der nächsten Tür kommt es zu einem Gespräch über die Energiewende. Frau C. ist Wechselwählerin und an unseren Positionen und der Energiestrategie sehr interessiert.

Ich staune, wie offen die Leute sind. Sie hören aufmerksam zu und stellen Fragen. Die Diskussionen gefallen mir. Etwas entmutigend ist bloss, dass so viele nicht zu Hause sind. Wieder haben wir etliche Türhänger hingehängt. Wenn ich die Papiere in die Tasche verstau, komme ich mir jeweils vor wie ein Handelsreisender. Dabei studierte ich

einst Betriebswirtschaft und arbeitete als Sozialarbeiter.

Das Glück zum Schluss

Mit Herrn B., einem jungen Mann, entspinnt sich eine Diskussion über Atomkraftwerke, die Energiewende und den Verkehr in Aarau. Ein tolles Gespräch. Und je später es wird, desto häufiger öffnen sich die Türen.

Familie E. mit den kleinen Kindern leidet unter den enorm hohen Krankenkassenprämien. Herr E. fürchtet konkret die Zweiklassenmedizin. Für ihn und seine Familie ist Gesundheit das höchste Gut. Die Prämienentlastungsinitiative kennt er noch nicht und unterschreibt gerne.

Nun sind wir seit fast drei Stunden unterwegs. An einer letzten Tür wollen wir noch klingeln. Ein Glück! Mit Frau H. unterhalten wir uns über Versicherungen, das Klima, den öffentlichen Verkehr und den Mitteldamm, der dem geplanten Kraftwerk weichen soll. Das Gespräch war sehr bereichernd und gibt mir ein gutes Gefühl zum Abschluss.»

Aufgezeichnet von Pia Wildberger



GROSSEINSATZ FÜR DIE QUARTIERUMFRAGE

Derzeit führen SP-Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten in allen Regionen der Schweiz tausende Gespräche und fragen, welche Anliegen der Bevölkerung am meisten am Herzen liegen. Denn: «Wir reden mit den Menschen, nicht über sie.»

Die Quartierumfrage ist Teil der Basiskampagne für den nationalen Wahlkampf und läuft bis Mitte Juli. Nach den Sommerferien stehen die Vorbereitungen für die heisse Phase im Herbst an. Dann werden wir die Menschen telefonisch daran erinnern, wählen zu gehen. Dabei sind wir auf viele engagierte Aktivistinnen und Aktivisten angewiesen. Ein riesiges Merci euch allen! Auf dass wir am 20. Oktober die bürgerliche Mehrheit brechen!

Möchtest du mitmachen?

Dann melde dich bei Simon Roth unter baskampagne@spschweiz.ch.



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Gesund bleiben am Arbeitsplatz: Führungsaufgabe Gesundheit

D2.2.1907

10./11. September 2019, Hotel Balsthal, Balsthal
Inhalt: Analyse des eigenen Führungsstils, Umgang mit Belastung und Leistungsansprüchen, Förderung von gesunder Arbeit, Ressourcen-Management.
Referent: Samuel Woodtli (Gesundheitsschutzfachmann)

Baustelle Wirtschaftspolitik

D2.1.1907

2. September 2019, Restaurant Aarhof, Olten
Inhalt: Aktuelle Wirtschaftspolitik, ABC der Wirtschaft, Einkommens- und Vermögensverteilung, Massnahmen der Gewerkschaften.
ReferentInnen: David Gallusser (Ökonom), Danièle Lenzin (Unia)

Kooperativ mitgestalten und professionell kommunizieren

D1.7.1910

5./6. September 2019, Hotel Flora Alpina, Vitznau

Mitgestaltungsfelder und -formen für die Personalvertretungen, Zusammenarbeit mit Führungskräften, Stabsstellen, Projektleitenden und Gewerkschaften, Einbezug der Mitarbeitenden, professionelle Kommunikation.
Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Wahrheitssuche in Zeiten von Fake-News

D2.1.1910

4. Oktober 2019, Jugendherberge, Zürich
Inhalt: Themenwahl und -gewichtung, Folgen der Medienkonzentration auf wenige grosse Verleger.
Referent: Thomas Zimmermann (SGB)

Geschichte der Gewerkschaftsbewegung

D2.1.1911

26./27. August 2019, Kurhotel Bad Ramsach, Läuelfingen
Inhalt: Rolle der Gewerkschaften im Kampf um eine soziale Schweiz.
ReferentInnen: Annette Hug (Historikerin), Adrian Zimmermann (Historiker)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich.
SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 250.– statt 390.– respektive 300.– statt 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2019

8. – 11. AUGUST

Sommeruni, Chandolin VS

20. OKTOBER

Eidgenössische Wahlen, Regierungsratswahl Kanton Aargau

2. NOVEMBER

Herbstanlass SP60+ in Aarau

16. NOVEMBER

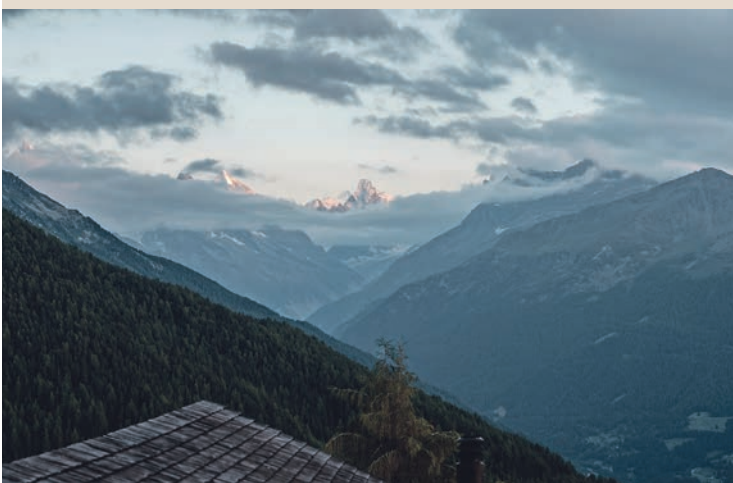
Mitgliederversammlung SP Frauen*

30. NOVEMBER

Delegiertenversammlung in Bern

www.spschweiz.ch/agenda

Melde dich für die Sommeruni an



Vom 8. bis 11. August findet in Chandolin (VS) die traditionelle Sommeruni der SP Schweiz statt. Mit 120 Mitgliedern aus der ganzen Schweiz werden wir uns intensiv auf die heisse Phase des Wahlkampfs vorbereiten, gemeinsam diskutieren und die Sonne geniessen. Zu Gast haben wir unter

anderem den österreichischen Schriftsteller Robert Misik, die feministische Ikone Gabriele Winker und die Klimawissenschaftlerin und Aktivistin Payal Parekh. Du willst dir das nicht entgehen lassen? Dann melde dich jetzt unter www.sp-ps.ch/sommeruni an!



Streik
für
ein gutes
Leben!

Euse F
isc
GLEICH
PRÄGUN
GLEICH
CHANCE

US isch
GSCH
FEDERICO FELLINI
LA DOLCE VITA

WE ARE
THE
DAUGHTERS
OF THE
WITCHES
you DIDN'T
BURN

